

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 24.09. – 28.09.2012



SPD

Inhalt

1. **Steinbrück-Papier: Vertrauen zurückgewinnen - Banken regulieren**
2. **Renten-Konzept: Arbeit muss sich lohnen**
3. **Patientenrechtgesetz**
4. **“Spaltpilz“ Betreuungsgeld**
5. **Kinder und Jugendliche fördern**



Steinbrück-Papier: Vertrauen zurückgewinnen - Banken regulieren

Peer Steinbrück stellt in seinem viel beachteten Papier, das wir Euch zur Information in der Anlage zusenden, die richtigen Weichen **zur Bändigung der Finanzmärkte**. „Wir brauchen einen Rückzug aus der Staatshaftung für Banken“, sagte Steinbrück bei der offiziellen Vorstellung des Finanzmarktkonzeptes. Zur Erinnerung: **Vor der „Euro-Krise“ gingen die Schuldenquoten in Europa zurück**. Daher stellt Steinbrück in seinem Papier auch gleich eingangs fest: „Seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise Mitte 2007 steht eine Frage unbeantwortet im Raum: Wer bestimmt den Lauf von Wirtschaft und Gesellschaft – entgrenzte Finanzmärkte getrieben von anonymen Managern, die unter weitgehender Haftungsfreistellung mit unvorstellbaren Summen auf Renditejagd gehen, oder demokratisch legitimierte Institutionen? Die Antwort auf diese Frage und damit die politische Bändigung eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist eine entscheidende politische Herausforderung unserer Zeit.“

Diese Herausforderungen will Steinbrück unter anderem mit folgenden Instrumenten angehen:

- **Ein Banken-ESM:** Die Banken sollen europaweit aus eigenen Mitteln einen Rettungsfonds in Höhe von 200 Milliarden Euro aufbauen, damit sie sich quasi bei Schieflage selber retten können – und nicht der Steuerzahler!
- **Bankentrennung:** Steinbrück will das klassische Kreditgeschäft vom Investmentbanking trennen, um Sparer zu schützen. Wer spekulieren will, soll das tun, aber auf eigenes Risiko.

- **Bankenaufsicht:** Hier soll eine starke europäische Bankenaufsicht für so genannte systemrelevante Großbanken aufgebaut werden. Unsere Sparkassen und Raiffeisenbanken sollen davon ausgenommen werden.
- **Beleihung von Immobilien:** Um Blasen zu vermeiden, soll in Europa eine Obergrenze für die Beleihung eingeführt werden.

Wir finden, Steinbrück hat Recht! Wer Risiken eingeht, muss dafür haften. Das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren darf es zukünftig nicht mehr geben.

Rente: Wie kann die Altersversorgung in Zukunft aussehen?

Das Rentenkonzept von Sigmar Gabriel ist momentan in aller Munde, auch in der Presse wurde es ausführlich diskutiert. Stichworte wie Rentenlücke, private Vorsorge, Betriebsrenten, Altersarmut oder Solidarrente spielen in der Debatte gewichtige Rollen.

In dieser Woche haben wir ausführlich in der Landesgruppe mit hessischen Gewerkschaftern, aber auch in der Fraktion, über das Rentenkonzept diskutiert. Es gibt durchaus von unterschiedlichsten Gruppierungen noch Wünsche, das Konzept zu optimieren. Wichtig ist jedoch, dass wir mit großer Sorgfalt an dem so immens wichtigen Thema „Rente“ arbeiten und nur versprechen, was auch zu halten und zu finanzieren ist. Das hat nicht nur etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun sondern vor allem mit sozialer Gerechtigkeit. Fakt ist leider auch, dass wir nicht alle Brüche in Lebensläufen korrigieren können. Es muss auch im Rentensystem mehr Gerechtigkeit geben. Beispielsweise ist eine Solidarrente von 850 Euro für langjährig Versicherte sicherlich richtig, aber Frauen gehen hier quasi leer aus oder auch die, die sich vielleicht 860 Euro selbst erarbeitet haben. Wichtig ist auch, dass sich die Partei bereits darauf verständigte, die Erwerbsminderungsrente und auch die Teilrente zu verbessern sowie gesicherte und flexible Übergänge in den Ruhestand auszubauen.



Natürlich wird auch der demografische Wandel Auswirkungen auf unser Umlagesystem haben, in dem immer weniger berufstaktive Menschen immer mehr Rentenempfängern gegenüber stehen werden. Deshalb ist es unlauter, wie die schwarz-gelbe Koalition nun angekündigt hat, den Rentenbeitragssatz von derzeit 19,6 auf 19 Prozent abzusenken, denn er wird später sprunghaft ansteigen! Das ist nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme.

Bundesregierung legt Patientenrechtegesetz vor

Heute hat der **Bundestag erstmals über den Entwurf eines Patientenrechtegesetzes** diskutiert. Wir Sozialdemokraten haben dabei deutlich gemacht: Das Beste an dem Gesetz ist sein Name.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf ist nur die bereits bestehende Rechtsprechung zusammenfassend aufgeschrieben worden. Eine Stärkung der Patientenrechte gibt es leider nicht.

Wir Sozialdemokraten wollen, dass Patientenrechte immer aus der Patientenperspektive betrachtet werden. Der Patient soll alle medizinischen Leistungen und vor allem keine vorenthalten bekommen. Er darf nicht schlecht und

vor allen Dingen nicht unnötig behandelt werden. Es darf keine Bandscheibenoperation oder ein neues Hüftgelenk ohne medizinische Gründe geben.

Besonders kritisieren wir Sozialdemokraten, dass die sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) im eingebrachten Patientenrechtegesetz so gut wie gar nicht geregelt werden. Und das, obwohl jeder weiß, dass den Patienten in letzter Zeit immer mehr medizinische Nicht-Kassen-Leistungen geradezu angedreht werden. Die Menschen, auch bei uns in Nordhessen, zahlen zum Teil richtig viel Geld dafür und diese Behandlungen bringen dann oft nichts oder wenig. Im Gegenteil: Manche Maßnahmen sind sogar schädlich! Darmspülungen sind dabei das beste Beispiel. **Wir fordern hier einen schriftlichen Behandlungsvertrag zwischen dem Patienten und seinem Arzt.**



Und wir wollen einen Härtefallfonds einführen, mit dem, gerade in sozialen Notfällen, Patienten unbürokratisch geholfen werden kann. Zum Beispiel dann, wenn man sich in einer Klinik eine Keiminfektion eingefangen hat. Oftmals ist dann nicht zu klären, woher diese Infektion kommt und dann muss dem Betroffenen schnell geholfen werden.

Wir sagen, gerade auch vor dem Hintergrund des jüngsten BGH Urteils zur Korruption im Gesundheitswesen, haben Patientenrechte eine besondere Bedeutung. Nach dem Urteil können niedergelassene Ärzte ungestraft Zahlungen dafür kassieren, bestimmte Medikamente zu verschreiben. Kein Patient kann etwas dagegen tun. Patienten müssen aber sicher sein, dass bei ärztlichen Entscheidungen allein medizinische und nicht etwa finanzielle Gründe eine Rolle spielen.

Hier geht es um Vertrauen zu den Ärzten. Dieses Vertrauen ist ein hohes Gut. Um die Patienten zu schützen, brauchen wir zur Abschreckung für unlautere Akteure im Gesundheitswesen einen Straftatbestand. **Denn, wenn man nicht gegen Korruption vorgeht, dann riskiert man nicht nur die Gesundheit der Patienten, sondern auch den guten Ruf der Ärzte.** Bisher verdient das Patientenrechtegesetz seinen Namen nicht. Wichtige Dinge werden nicht geregelt. Wir werden uns in den Beratungen dafür stark machen, dass es zu Verbesserungen bei den Patientenrechten kommt.

Weitere Eskalationsstufe zum Betreuungsgeld

Die Regierungsparteien streiten weiter wie die Kesselflicker um das Betreuungsgeld. Nach dem gelungenen Coup des Bundesrates zur Einigung bei Frauenquote und Mindestlohn mit den Stimmen zweier CDU-geführter Länder, ist die FDP endgültig auf Krawall gebürstet und lehnte den zwischen CDU und CSU ausgehandelten Kompromiss (die FDP hatte man schlicht vergessen) für das Betreuungsgeld ab. Wie die Koalition noch eine Lösung in dem Streit finden will, ist völlig unklar. Einigungsversuche der Fraktionsspitzen scheiterten und damit ist auch die geplante Verabschiedung im Bundestag am 18. Oktober hinfällig. Gut so! **Wir befürchten jedoch, dass sich die FDP ihre Zustimmung für das Betreuungsgeld teuer erkaufen wird.** Wir nehmen an, dass es wieder einen faulen und teuren Kompromiss zu Lasten der Steuerzahler geben wird. Nur um die regierungsunfähige Koalition notdürftig zu kitten, geht es im Bundestag zwischenzeitlich zu wie auf einem Basar – und Merkel macht alles mit, was dem Machterhalt dient. Gestern hatten wir dazu eine *Aktuelle Stunde*, um die Uneinigkeit von Union und FDP zu thematisieren.



Kinder und Jugendliche fördern

Wir sind für ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz, denn gesundheitsfördernde und präventive Politik für Kinder und Jugendliche setzt die Verzahnung verschiedener Fördersysteme und den Ausbau von sozialer Infrastruktur voraus. In einem Antrag fordern **wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Behindertenhilfe zu regeln.**

Die Kinder- und Jugendhilfe soll junge Menschen unabhängig von Behinderung, sozialer Lage oder ethnischer Herkunft fördern können. **Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ darf nicht gekürzt werden!** Ein nationaler Bildungspakt soll die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verbessern.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia